

Drohender Handelskrieg: Auge um Auge/Aktionäre fürchten Trump

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. sich das Leitbild des Freihandels sowie die Stellung und Funktion der Welthandelsorganisation (WTO) im internationalen Wirtschaftsgeschehen erschließen.
2. herausarbeiten, inwieweit aktuell ein „Handelskrieg“ zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA droht.
3. sich mit den (denkbaren) hieraus resultierenden Auswirkungen für unterschiedliche Akteure im Wirtschaftsgeschehen auseinandersetzen.

2. Aufgaben

1. *Erklären Sie, was unter dem Leitbild des Freihandels verstanden wird.*
2. *Ermitteln Sie vor diesem Hintergrund Zusammensetzung, Stellung und Funktion der Welthandelsorganisation (WTO).*
3. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit derzeit ein „Handelskrieg“ zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA droht. Erläutern Sie die entsprechenden Pläne und Zielsetzungen der beteiligten politischen Entscheidungsträger.*
4. *Erschließen Sie sich den von vielen Experten prognostizierten Dominoeffekt.*
5. *Analysieren Sie die denkbaren Folgen eines eskalierenden Konfliktes für die unterschiedlichen Akteure im Wirtschaftsgeschehen.*
6. *Erörtern Sie den Zusammenhang zwischen den beschriebenen Prozessen in der Handelspolitik und den Entwicklungen an den Finanzmärkten. Ermitteln Sie dabei die im Besonderen betroffenen Aktiengesellschaften.*

Drohender Handelskrieg: Auge um Auge

Stahl, Aluminium, Autos: Trump macht seine protektionistischen Drohungen wahr.

Es ist Zeit, sich an die martialischen Dokumentarfilme von Peter Navarro zu erinnern. An die Warnungen vor Feinden, die Jobs vernichten, geschlossene Fabriken und zerstörte Träume hinterlassen. Seit Jahren schon will Navarro Amerika auf einen Handelskrieg einschwören. Diesem Ziel war er noch nie so nah wie jetzt. Der lange marginalisierte Handelsberater im Weißen Haus nutzte das Chaos der vergangenen Tage, um Präsident Donald Trump für Schutzzölle zu begeistern - und die Welt in Schrecken zu versetzen. Stahl und Aluminium sollen den Anfang bilden, doch schon jetzt hält sich Trump härtere Schritte offen: „Falls die EU ihre bereits massiven Zölle und Barrieren gegen US-Unternehmen, die dort Geschäfte machen, weiter erhöhen, werden wir einfach eine Steuer auf ihre Autos erheben, die ungehindert in die USA strömen“, twitterte er. Auge um Auge, Zahn um Zahn: Amerikas Wirtschaftspolitik wird von alttestamentarischen Prinzipien geleitet. Die globale Eskalationsspirale, vor der Ökonomen gewarnt haben, scheint kaum noch aufhaltbar zu sein. Navarro bestätigte am Sonntag bei CNN: „Es wird keine Sonderbehandlung für einzelne Länder geben.“ Möglich seien allenfalls Ausnahmen für einzelne Unternehmen.

Der neue Präsident des Automobilverbands VDA, Bernhard Mattes, ist besorgt: „Ein Handelskrieg zwischen den USA und Europa muss auf jeden Fall vermieden werden.“ Denn er brächte nur Verlierer auf allen Seiten. „Sollten die USA Importzölle für Aluminium einführen, benachteiligt das unsere Unternehmen bei ihrem direkten Handel mit den USA“, warnt Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Metalle. Und: Ursprünglich für die USA bestimmte Aluminiumprodukte aus Russland und China könnten innerhalb von Wochen auf den europäischen Markt umgeleitet werden - zum Schaden von EU-Produzenten.

Trump erachtet die Zölle als Gebot der „nationalen Sicherheit“ - damit die US-Waffenschmieden nicht in Abhängigkeit ausländischer Stahllieferanten geraten. Diese Begründung ist noch besorgniserregender als die Zölle selbst. Denn sie schafft eine Rechtfertigungsgrundlage, die auf einen Ausstieg aus dem Regelwerk der Welthandelsorganisation (WTO) hinausläuft. „Die größte Gefahr ist, dass jetzt auch andere Länder unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit Handelschranken errichten“, erläutert Dennis Snower, Chef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Sollten andere Länder dem US-Beispiel folgen, könne die WTO den Welthandel nicht mehr regeln. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF), EU-Kommissionvize Jyrki Katainen oder EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström warnen vor einem „Dominoeffekt“. In Brüssel sorgt man sich, dass die Trump-Regierung bewusst schweres Geschütz auffährt, um die WTO zu untergraben. Zumal Washington seit längerem die Nachbesetzung von Richterposten in der siebenköpfigen Berufungskammer des WTO-Schiedsgerichts blockiert. Im September scheidet ein weiterer Richter aus, dann droht die Streitschlichtungskammer handlungsunfähig zu werden. WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo sieht eine „sehr ernsten Situation“.

Nichtsdestotrotz setzt die EU weiter auf die WTO. Sie will die USA vor das WTO-Schiedsgericht bringen und dafür Mitstreiter wie Kanada, Japan oder die Türkei gewinnen. Gleichzeitig sieht sich Brüssel allerdings auch im Recht, ohne vorherige Billigung der WTO Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Europäer betrachten die geplanten US-Zölle als verschleierte Schutzmaßnahmen. Solche „Safeguards“ sind nach WTO-Recht nur zulässig, um angesichts kurzfristig stark gestiegener Einfuhrmengen die heimische Industrie vor „schwerem Schaden“ zu bewahren. Wenn ein Staat auf dieser Grundlage die Einfuhr eines Produkts beschränkt, muss er die davon betroffenen Handelspartner aber an anderer Stelle entschädigen. Dazu aber scheint die US-Regierung nicht bereit zu sein.

Kommissionschef Jean-Claude Juncker nannte die US-Zölle „dumm“, bekräftigte aber seine Entschlossenheit zurückzuschlagen: „Wir können auch dumm sein, wir müssen auch dumm sein.“ Die EU werde nach einer finalen Entscheidung der US-Regierung Zölle „auf Harley-Davidson, auf Bourbon und auf Blue-Jeans“ erheben. Auch in den USA angebaute Kartoffeln, Tomaten und Orangen stehen auf der Giftliste der Europäer. Ein Drittel der geplanten Zölle, so heißt es in EU-Kreisen, soll Agrarprodukte treffen, ein Drittel Stahl und Aluminium und ein Drittel andere Güter. Im Ergebnis sollen US-Exporte im Wert der von Trump ins Visier genommenen Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU betroffen sein. Zugleich behält sich die EU vor, selbst Schutzzölle zu erlassen für den Fall, dass Stahlexporteure aus China oder Korea in der Folge den europäischen Markt überfluten. Das birgt zwar die Gefahr, wiederum selbst Ziel von Vergeltungsmaßnahmen aus Peking zu werden. „Aber uns bleibt nichts anderes übrig: Wenn mehr staatlich subventionierte Dumpingprodukte nach Europa drängen, müssen wir unsere Interessen schützen“, sagte Katainen dem Handelsblatt. „Europa kämpft dann an zwei Fronten.“

Die Warnung von VDA-Präsident Mattes zeigt, dass die deutsche Industrie eine Eskalation fürchtet. Sollten die USA als Reaktion auf EU-Zölle wiederum Zölle auf europäische Autos verhängen, würde das die Hersteller schwer treffen. Die USA haben im vergangenen Jahr Pkw im Wert von 20,5 Milliarden Euro aus Deutschland eingeführt. Unter Importzölle würden vor allem Hersteller wie Porsche und Audi leiden, die keine Werke in den USA betreiben. Allerdings: Einfuhrbeschränkungen würden auch US-Hersteller treffen. 45 Prozent der rund zwei Millionen Fahrzeuge, die Fiat-Chrysler in den USA verkauft, werden importiert. Auch General Motors führt rund 800 000 Autos pro Jahr aus ausländischen Werken in die USA ein. Es drohen also gewaltige Schäden - und das alles wegen der Affekthandlung des US-Präsidenten. Monatlang war es Beratern im Weißen Haus gelungen, Trump davon abzubringen, seinen Abschottungsinстинkten zu folgen. Der Protektionist Navarro wurde aus wichtigen Entscheidungsgremien ferngehalten. Doch vergangene Woche brach die Kontrolle zusammen. [...]

Quelle: Bay, L./Hoppe, T./Koch, M./Meiritz, A./Riecke, T./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 045, 05.03.2018, 8

Aktionäre fürchten Trump

Der US-Präsident drückt die Kurse.

[...] Auf jeden Fall müssen die Anleger damit rechnen, dass Trump mit der Ankündigung vom Freitag, Strafzölle auf Stahl- und Aluminium-Importe zu erheben, einen Handelskrieg provoziert hat. Den fürchtet etwa HSH-Nordbank-Chefvolkswirt Cyrus de la Rubia: „Für Deutschland als Exportnation ist das eine Bedrohung.“

5

Über das Wochenende schaukelte sich die Auseinandersetzung bereits hoch. „China will keinen Handelskrieg mit den USA, aber wir werden definitiv nicht tatenlos zusehen, wie Chinas Interessen Schaden nehmen“, sagte Vizeaußenminister Zhang Yesui. Die EU drohte mit Extrazöllen auf amerikanischen Whiskey, Harley-Davidson-Motorräder oder Jeans. Trump reagierte prompt. Er will sich mit zusätzlichen Abgaben auf Ausfuhren europäischen Autobauer in die USA revanchieren.

10

Am Freitag litten bereits die Kurse der Stahlhersteller Thyssen-Krupp und Salzgitter. Am Montag dürften Trumps jüngste Äußerungen die deutschen Autobauer unter Druck bringen. Und mit ihnen wohl auch die der Automobilzulieferer.

15

Das bringt Continental zusätzliche Aufmerksamkeit. Das Unternehmen stellt am Donnerstag seine Ergebnisse für 2017 vor. Am gleichen Tag veröffentlicht auch Linde seine Zahlen. Einen Tag zuvor kommt die Deutsche Post mit ihrer Bilanz für das abgelaufene Jahr. Am Dienstag steht ein Dax-Wert im öffentlichen Interesse, dem der Zollstreit egal sein kann: Vonovia. Die einzige Immobilienaktie im Dax vermietet ausschließlich in Deutschland und Österreich.

20

Unter diesen Umständen treten Ereignisse wie die EZB-Ratssitzung am Donnerstag, von der - mal wieder - Hinweise auf den Zeitpunkt der Lockerung der Geldpolitik erwartet werden, in den Hintergrund. Einen Tag später wird die Entwicklung der Löhne in den USA Rückschlüsse auf die Inflation erlauben. Steigen die Verbraucherpreise, wird das Szenario mit vier statt drei Leitzinserhöhungen im laufenden Jahr in den USA wahrscheinlicher.

25

30

Quelle: Reichel, R., Handelsblatt, Nr. 045, 05.03.2018, 38

Autos aus dem Ausland

Wert der US-Pkw-Importe 2017 in Mrd. US-Dollar

43,1 Mrd. US\$
Kanada

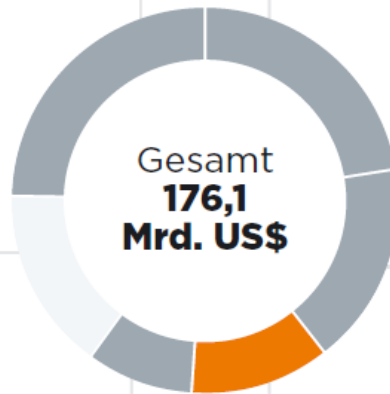
39,9 Mrd. US\$
Japan

26,9 Mrd. US\$
Sonstige

29,9 Mrd. US\$
Mexiko

15,7 Mrd. US\$
Südkorea

**20,5 Mrd. US\$
Deutschland**



HANDELSBLATT

Quelle: US Census Bureau